

## Hat Wowerit Kultur?

SPD und PDS haben sich Anfang November auf eine inhaltliche Koalitionsvereinbarung verständigt, die von der Presse als ideenloses „Sammelurium“ kommentiert wurde. Gleichzeitig ist ein neuer Ressortzuschnitt vereinbart worden, bei dem es wenig Licht und viel Schatten gibt. Dass die Bereiche Jugend, Schule und Wissenschaft in einem neuen Mammut-Ressort gebündelt werden sollen, ist prinzipiell zu begrüßen, schreit aber geradezu nach einer starken Führungspersönlichkeit. Offenbar nichts, was die Berliner SPD aus den eigenen Reihen rekrutieren könnte. Stattdessen wurden sogar zwei niedersächsische SPD-Politiker ins Spiel gebracht. Seltsam ist das schon. Hatte Wowerit im Wahlkampf nicht deutlich gemacht, dass Niedersachsen in Berlin eigentlich nicht erwünscht seien? Geschenk. Der Wort-



Henkel redet Klartext

bruch bei der Einheitsschule zeigt, dass man nicht alles für bare Münze nehmen darf, was die Sozialdemokraten so im Wahlkampf erklären.

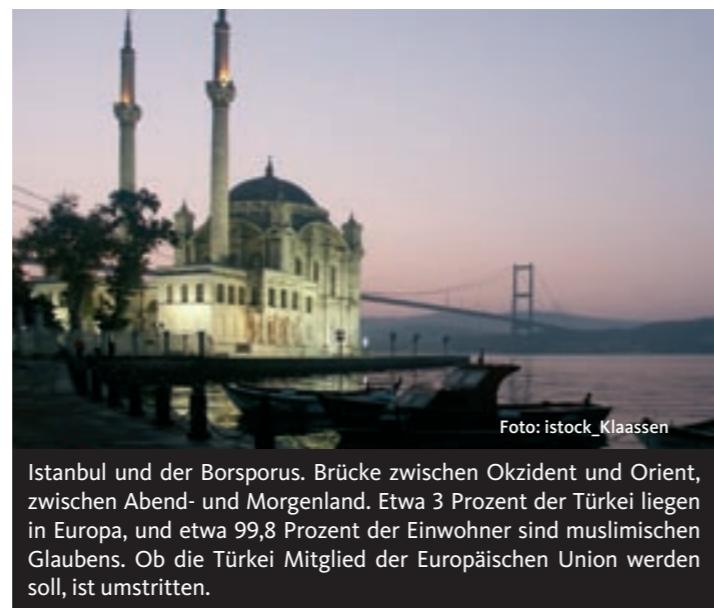
Da sich die PDS gegenüber der SPD in allen wesentlichen inhaltlichen Punkten durchgesetzt hat, wird das Kulturressort im Gegenzug nun als Halbtagsjob beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt und damit zur Nebensache degradiert. Wie er den neuen Job auszufüllen gedenkt, hat Wowerit in den vergangenen Wochen eindrucksvoll vorgelebt: Mit Schnoddrigkeit und in Gutsherrenmanier. Selbst der geschasste Ex-Kulturreisner Flierl bezeichnete den Zuschnitt als „Verlegenheitslösung“. Es ist nicht üblich, einen gescheiterten PDS-Politiker mit fragwürdigem historischen Koordinatensystem als Kronzeugen heranzuziehen. Aber wo der Mann recht hat, hat er recht.

## Europäische Union doch ohne Türkei?

**Angela Merkel hat Recht behalten: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind in eine Sackgasse geraten.**

Seit dem 8. November ist es offiziell: Die Europäische Kommission stellt in ihrem Fortschrittsbericht über die Beitrittsverhandlungen mit der EU fest, dass die Türkei gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, die Europäischen Union beizutreten. Weder das Justizsystem noch der Minderheitenschutz und die Einhaltung der Menschenrechte entsprechen den Mindestanforderungen der Europäischen Union. So ist bislang die Ausübung christlicher Religionen in der Türkei denkbar schwierig. Von einer in der Europäischen Union selbstverständlichen Gleichberechtigung der Religionen ist man in der Türkei Lichtjahre entfernt. Unabhängig davon wären die Kosten für einen Beitritt der Türkei so hoch, dass sie weder von der Europäischen Union noch

von der Türkei selbst getragen werden können. Diese Einsicht scheint sich auch in der Türkei selbst immer mehr durchzusetzen.



Istanbul und der Bosphorus. Brücke zwischen Okzident und Orient, zwischen Abend- und Morgenland. Etwa 3 Prozent der Türkei liegen in Europa, und etwa 99,8 Prozent der Einwohner sind muslimischen Glaubens. Ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll, ist umstritten.

zen. Jedenfalls ist die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in der Türkei selbst rapide gesunken. Nur noch rund ein Drittel der türkischen Bevölkerung begrüßt einen Beitritt ihres Landes. Das größte Hindernis

auf dem Weg in die Europäische Union ist für die Türkei jedoch die Zypernfrage. Nach wie vor lehnt Ankara - wohl

auch auf Druck der übermächtigen Militärs im Lande - eine Anerkennung des griechischen Teils Zyperns kategorisch ab. Weder Flugzeuge noch Schiffe des EU-Mitgliedslandes Zypern dürfen türkische Häfen

oder Flughäfen anfliegen beziehungsweise anlaufen. Jede Handelstätigkeit zwischen der Türkei und Zypern ist von Ankara abgeschnitten worden. Gerade der freie Handel ist aber seit den Römischen Verträgen von 1957 Grundprinzip der Gemeinschaft. Eine Verweigerung der Anerkennung durch die Türkei schließt daher ohne wenn und aber einen Beitritt der Türkei aus. Die Andeutung der Kommission, dass eine Verweigerung der Anerkennung Zyperns die Beitrittsverhandlungen beenden würde, ist daher nur die logische Konsequenz. Angela Merkel und die Union haben frühzeitig davor gewarnt, der Türkei mit Beitrittsverhandlungen falsche Hoffnungen zu machen. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, dass jetzt wahrscheinlich auf Angela Merkel die Aufgabe zukommen wird, in ihrer EU-Präsidentschaft die verfahrenere Situation, die Rot-Grün mit herbeigeführt hat, zu entwirren.

## Letzte Ausfahrt



**Gibt es eine letzte Chance für den City-Airport Tempelhof, die „Mutter aller Flughäfen“, wie ihn der britische Architekt Sir Norman Foster nennt? Ein amerikanischer Investor bemüht sich aktuell ein Unternehmens- und Medizinzentrum im Herzen Berlins aufzubauen. Die Kanzlerin Angela Merkel beriet diese Woche ebenfalls mit Klaus Wowerit über die Zukunft des Flughafens.**

Doch nach wie vor droht der Schließungsbescheid der Berliner Luftfahrtbehörde. Zum 31.10. 2007 soll Schluss sein mit dem Flugbetrieb am Standort Tempelhof, den zu seinen

besten Zeiten gut fünfzehn Millionen Fluggäste pro Jahr nutzten.

Gegen den Schließungsbescheid haben die auf dem Innenstadtflygafen stationierten Regionalfluglinien und Geschäftsflieger bereits im Jahr 2004 Klage erhoben. Am 19. Dezember soll das Urteil verkündet werden.

Dabei gibt es schon seit längerem ein weiteres Angebot eines Investors, den Flughafen zu übernehmen. Voraussetzung hierfür ist die Zusage der Politik, dass Tempelhof langfristig offen gehalten und die Geschäftsflierei fortgeführt wird. Hierfür steht die Klärgemeinschaft um das Business-Charter-Unternehmen Windrose Air

bereit. Für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vom Haupteigentümer Bund mit der Vermarktung des Geländes betraut, ist dieser Aspekt wichtig: Lässt sich doch für eine Immobilie ein umso höherer Preis erzielen, je stärker den Vorstellungen des Investors hinsichtlich der Verkehrsanbindung entsprochen wird.

Unterstützung bekommt der Innenstadtflygafen auch vom Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Rzepka: Er kämpft nach wie vor für die Fortsetzung des Flugbetriebs im Herzen Berlins. Zu diesem Zweck bereitet der Abgeordnete einen Antrag vor, der von den Regierungsparteien in das Parlament eingebracht

werden soll. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Fortführung des Flugbetriebs in Tempelhof in Form einer Public-Private-Partnership (PPP) zu prüfen. Diese könnte bestehen aus dem Bund, dem Land Berlin, Luftfahrtunternehmen sowie weiteren privaten Investoren.

Ebenfalls hilfreich ist in diesem Zusammenhang das von der ICAT für Dezember geplante Volksbegehren zur Offenhaltung Tempelhofs. Um es beantragen zu können, benötigt die Interessensgemeinschaft 20.000 Unterschriften. CDU und FDP in Bezirk und Abgeordnetenhaus unterstützen das Vorhaben.

## Kein Schlussstrich unter Stasi-Unrecht

**Der Gesetzentwurf für die Novelle des Stasiunterlagen-Gesetzes hat zum Teil scharfe Kritik hervorgerufen. Die ursprünglich für Anfang November geplante Bundestagsabstimmung wurde vorerst von der Tagesordnung genommen.**

Der Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, bezeichnete die Verschiebung als „richtigen Schritt“. In der bisherigen Vorlage ist unter anderem vorgesehen gewesen, dass die Überprüfung von Personen auf eine Mitarbeit bei der DDR-Staatsicherheit zum 21. Dezember 2006 weitgehend unzulässig wird. Dies bedürfte dringend einer Änderung, so der CDU-Politiker.

Henkel: „Die im ursprünglichen Gesetzesentwurf vorgesehene enge Fassung der Personengruppen ist absolut unzureichend. 16 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur sind längst nicht alle Verstrickungen aufgeklärt. Einen leichtfertigen Schlussstrich unter das Unrecht von Stasi-Tätern darf es daher nicht geben. Dies wäre der Anfang vom Ende der Aufarbeitung der SED-Diktatur.“

Der CDU-Generalsekretär rief alle Verantwortlichen im Gesetzgebungsprozess auf, den Entwurf schnellstmöglich zu überarbeiten. Statt eine faktische Amnestie zu erlassen, sei vielmehr eine breitere Definition der Personengruppen, die überprüft werden können, erforderlich.

Ohne eine solche Anpassung käme es zu einer dramatischen Verschiebung des gesellschaftlichen Koordinatensystems. Henkel verwies auf die Fälle eines Berliner Hoteliers sowie eines ehemaligen Stasi-Majors, der 2005 eine leitende Tätigkeit an der Berliner Charité aufgenommen hatte. Diese Fälle legten den Verdacht nahe, dass ehemalige Stasi-Kader auch heute noch in vielen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport aktiv seien.

Im Zusammenhang mit dem SED-Unrecht forderte der CDU-Politiker zudem die Bundesregierung auf, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation der Opfer des

SED-Regimes zu verbessern: „Während 11.000 ehemalige DDR-Kader über einhundert Millionen Euro Rentennachzahlung kassieren, kämpfen die Opfer und Verfolgten des SED-Regimes nach wie vor um gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung.“

Die Bundesregierung muss nun endlich tätig werden und die im Koalitionsvertrag beschlossene Unterstützung gewährleisten. Für die Berliner CDU zählt dazu auch die Einführung einer Ehrenpension für die Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur. Es ist längst überfällig, die Opfer von SED-Unrecht für ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie auch materiell zu würdigen.“



## CDU gegen politischen Extremismus

**So viel Einigkeit ist selten. Vertreter aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien standen bei andauerndem Regen vor dem Fontanehaus in Reinickendorf und setzen ein Zeichen gegen Extremismus. Im Fontanehaus fand an diesem Tag der Bundestag der CDU statt. Die Bezirksbürgermeisterin von Reinickendorf Marlies Wanjura (CDU) hatte mit ihrem Bezirksamt bis zuletzt versucht den Parteitag zu unterbinden, war aber vor Gericht unterlegen.**

Auf der Kundgebung in Sichtweite des Tagungsortes sprachen neben Wanjura der Parlamentarpräsident Walter Momper sowie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Friedbert Pflüger, Petra Pau (PDS), Volker Ratzmann (Grüne) und Mieke Senftleben (FDP) außerdem ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde und der Evangelischen Kirche. CDU-Fraktionschef Pflüger: „Im Sommer haben wir uns angesichts des Meeres an schwarz-rot-goldenen Fahnen auf den Plätzen und in den Stadien über das neue Gefühl im Um-

gang mit unserer Nation in ganz Deutschland gefreut. Es geht dabei um das Gefühl des Stolzes auf die eigene Nation, nicht um gesteigerten Nationalismus.“

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt unterstützte den Protest: „Nach dem Einzug von rechtsextremen Parteien in fünf Bezirksverordnetenversammlungen müssen die demokratischen Kräfte ein deutliches Signal abgeben: In Berlin ist kein Platz für rechtsextremes Gedankengut. Wir werden uns von rechtsextremen Provokationen nicht beirren lassen und werden den politischen Extremismus auch in Zukunft mit allen Mitteln, die einer wehrhaften Demokratie zur Verfügung stehen, bekämpfen.“

Der CDU-Generalsekretär und Innenrechtsexperte, Frank Henkel, sieht einen NPD-Verbotsantrag nicht als „Allheilmittel“. Henkel: „Verfassungs-



Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU), Delik Kolat, Walter Momper (beide SPD) und CDU-Fraktionsvorsitzender Friedbert Pflüger

und Sicherheitsorgane stehen vor der Herausforderung, V-Leute aus NPD-Kreisen abzuwehren und dennoch einen Nachweis über die Verfassungsverfehlung der Partei zu erbringen. Selbst bei einem Parteiverbot bleibt die Gefahr bestehen, dass sich die Rechtsextremen neu organisieren. Wenn überhaupt, dann muss ein Verbotverfahren sorgfältig geprüft und vorbereitet werden. Ak-

tionismus ist völlig fehl am Platze, denn eine Blamage wie 2003 kann sich auch eine wehrhafte Demokratie nicht leisten. Das beste Mittel gegen extreme Ideologien ist es ohnehin, ihrem vermeintlichen und heuchlerischen Einsatz für die sozial Schwachen den Nährboden zu entziehen. Dazu bedarf es einer Politik, die sich konsequent an Arbeit, Bildungschancen und sozialer Gerechtigkeit orientiert.“

## IN KÜRZE

### Bundvorsitzender der Schüler-Union aus Berlin

Am 11. November 2006 hat die Schüler Union Deutschland den Berliner Lukas Krieger zu Ihrem Vorsitzenden gewählt. Lukas Krieger kommt aus dem Kreisverband Steglitz-Zehlendorf und feierte nicht nur seine Wahl, sondern auch gleichzeitig seinen 19. Geburtstag. Die Berliner Rundschau wünscht ihm in seinem neuen Amt viel Erfolg!

### Großer Erfolg des RCDS an der TU Berlin

Ein Bündnis des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und der Unabhängigen Listen konnte erstmals seit vielen Jahrzehnten die links strukturierte Mehrheit an der Technischen Universität Berlin (TUB) brechen und stellt nun die klare Mehrheit im Allgemeinen Studierendenausschuss (ASTa). Der neue Vorsitzende Gottfried Ludewig will die neue Mehrheit nutzen, um wieder eine echte Studentenvertretung zu werden. Der Etat des ASTa von ca. 400.000,- EUR im Jahr soll nicht länger für zum teil dubiose Projekte verschwendet werden. Eine konstruktive Arbeit mit den anderen Hochschulgremien stehe im Vordergrund.

### Otto Wulff als SU-Vorsitzender bestätigt

Der Vorsitzende der Senioren Union Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, ist mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Wulff war Mitglied des Regierungsteams von Friedbert Pflüger im Wahlkampf 2006 und sollte der erste Seniorenbeauftragte des Berliner Senats werden.

### Polizeiarbeitskreis (PoIAK) für Berliner Feuerwehr

Der Vorsitzende des Polizeiarbeitskreises (PoIAK) der Berliner CDU, Peter Trapp MdA, hat eine angemessene Reaktion des Innensenators auf Zeitungsberichte über Angriffe auf Feuerwehrleute im Einsatz gefordert.